

Presseinformation

Nr. 21 / 2014

Berlin / Augsburg, 23.09.2014

MDK = Multifunktionaler Dienst der Krankenkassen!?

Laut „Focus“ will Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe künftig den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) zu unangemeldeten Kontrollen in die Kliniken schicken. Es wäre natürlich interessant, zu erfahren, auf welcher Rechtsgrundlage dies denn geschehen soll und ob der MDK im Zuge dieser neuen, hoheitlichen Aufgaben dann umbenannt wird in „Militärischer Dienst der Krankenversicherung“. Das durch die Politik ausgedünnte Personal in den Kliniken würde dann politisch gewollt in seiner Funktion noch mehr drangsaliert als bisher. Völlig ausgeblendet hat Herr Minister Gröhe in diesem Zusammenhang ganz offensichtlich die erst wenige Wochen zurückliegende Diskussion um die fragwürdige Unabhängigkeit des MDK von den Krankenkassen – es wurde offengelegt, dass Spitzenämter bei den Länder-MDK`s mit ehemaligen Mitarbeitern der gesetzlichen Krankenkassen besetzt sind.

Aber auch bei anderen Aussagen des Gesundheitsministers scheinen Parallelwelten vorzuliegen. So setzt der Minister „bei Notfällen auf kurze Wege“ und möchte „gut erreichbare Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung sichern“. Ob Herr Gröhe wohl weiß, dass allein im Kalenderjahr 2013 bundesweit 15 kleinere Kliniken komplett geschlossen wurden und zusätzlich 18 geburtshilfliche Abteilungen? Jedem Experten im Gesundheitswesen ist bekannt, dass wir vor einem Kliniksterben stehen. Sehen so „kurze Wege“ und „gute Erreichbarkeit“ aus? Kann es vielleicht auch sein, dass durch die Ausdünnung der Anzahl von Kliniken und ambulant tätigen Ärzten und die Minimierung der Anzahl von Pflegekräften, das politische Ziel der Kostendämpfung erreicht werden soll? Wo nicht behandelt wird, fallen letztendlich auch keine Kosten an.

Die Bürger Initiative Gesundheit e.V. hat diese katastrophalen Entwicklungen permanent in den letzten Jahren aufgezeigt und angeprangert: Die Koalitionäre im Gesundheitswesen verscherbeln das Tafelsilber der Beitragszahler! Eine Sicherung der Kliniken im Bereich der Grund- und Regelversorgung ist nur möglich unter Aufhebung der Budgets sowie der Abschaffung der Fallpauschalen-Vergütung. Dies gilt natürlich in gleicher Weise auch für den vertragsärztlichen Bereich.

Mit zahlreichen, wohlklingenden Projekten der Gesundheitspolitik wird dem Bürger und Beitragszahler Sand in die Augen gestreut. Dazu gehören z.B. Wartezeitenregelung, Zweitmeinungsverfahren und natürlich immer wieder das Zauberwort „Qualität“ in vielfältigster Form. Und diese Explosion an Qualität benötigt, wen wundert es, eine eigene, neue, zusätzliche Bürokratie in

Form eines Instituts. Kosten spielen auf diesem Sektor offenbar keine Rolle, fehlende Finanzmittel kann man ja schließlich durch verdeckte Leistungsbegrenzungen der Krankenkassen für die Berufsgruppen und Institutionen sowie die Bürger wieder kompensieren. Dass derartige Leistungsbegrenzungen an der Tagesordnung sind, belegen zahlreiche Funk- und Fernsehberichte der letzten Wochen.

Ob wohl in den oberen Etagen der bundesdeutschen Gesundheitspolitik die Studien schon angekommen sind, die belegen, dass Bettenknappheit in den Kliniken aufgrund einer permanenten Überlastung des Personals inzwischen einen ähnlichen Risikofaktor darstellt wie nosokomiale Infektionen? Und dennoch sollen nach dem Willen von Politik und Kassen weitere Kliniken „wegrationalisiert“ werden, es gäbe noch immer viel zu viele Klinikbetten in Deutschland.

Die Bürger Initiative Gesundheit e.V. ruft alle Bürger und Versicherten auf, die Ansagen und Entwicklungen in der Gesundheitspolitik kritisch zu hinterfragen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt: Wem nützt das Ganze?

Kann es wirklich sein, dass mit existierendem Ärztemangel und Pflegenotstand in den Kliniken die Qualität der Behandlung gesteigert wird? Vielleicht sollten Eltern ihren Kindern mal wieder das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ vorlesen, damit auch die junge Generation begreift, nach welchem Schema die etablierten Parteien Gesundheitspolitik betreiben. Und wer dann daran etwas ändern möchte, der sollte sich nachhaltig für den Erhalt und Ausbau der individuellen Versorgung, Behandlung und Betreuung der Bürger, Versicherten und Patienten engagieren.

Dr. med. Helmut Müller

Mitglied des Vorstandes der
Bürger Initiative Gesundheit e.V.

Pressestelle:
Bürger Initiative Gesundheit e.V.
Beethovenstraße 2
86150 Augsburg
Tel: 0821 / 50867960 - Fax 0821 / 50867969
presse@buerger-initiative-gesundheit.de
www.buerger-initiative-gesundheit.de

(freigegeben zur Veröffentlichung)